

# Inhalt

---

## **Vorwort**

*Anne Eilert, Marlene Rudloff, Werner Schiffauer* | 7

## **Die civil society als feine Kunst betrachtet**

*Werner Schiffauer* | 9

## **Vernetzung und Solidarität gegen die Ohnmacht**

Krisenmomente in der haupt- und ehrenamtlichen Arbeit  
mit Geflüchteten und deren Ursachen

*Sophie Reimers* | 33

## **Ankommen statt Durchreise**

Geflüchtete im ländlichen Raum

*Vinzenz Hokema* | 61

## **Wohnerfahrungen von Geflüchteten in Berliner Notunterkünften im Vergleich**

*Alina Juckel* | 99

## **Bedingungen für erfolgreiche psychosoziale Beratung von Geflüchteten in Deutschland und Schweden: Ein Vergleich**

*Rasmus Geßner* | 127

## **Projekte zur Unterbringung von LSBT\*!\*-Geflüchteten in Berlin, Nürnberg und Sachsen**

*Ingmar Schrader* | 145

## **Willkommensklassen in Berlin**

Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen  
in das deutsche Schulsystem

*Anne Eilert* | 165

### **Kunst- und Kulturprojekte von und mit Geflüchteten**

Integrative Bedeutung und nachhaltige Gelingensbedingungen

*Alexander Pepler* | 181

### **»If we don't organise for ourselves, who else will?«**

Geflüchteten selbstorganisationen und ihre Herausforderungen

*Marlene Rudloff* | 199

### **Selbstorganisation und Partizipation in Wohn- und Kulturprojekten mit Geflüchteten am Beispiel des *Grandhotel Cosmopolis***

*Caroline Strotmann* | 237

### **Digitale Projekte in der Geflüchtetenarbeit – ein wichtiges Tool der Vernetzung**

Drei Beispiele aus Dresden, Hamburg und Berlin

*Anja Gretschmann* | 261

### **Freiwilligenkoordination in der Geflüchtetenhilfe**

Kommunale Kooperationsmodelle

*Stephan Lidzba* | 273

### **Bürgerschaftliches Engagement aus der Akteursperspektive**

Potenziale und strukturelle Schwierigkeiten muslimischer Akteure in der Arbeit mit Geflüchteten

*Fidel Bartholdy* | 289

Autorinnen und Autoren | 315

## Vorwort

---

*Anne Eilert, Marlene Rudloff, Werner Schiffauer*

Während wir im ersten Band Initiativen und Projekte aus der Arbeit mit Geflüchteten besprochen, Bedingungen des Engagements und aktuelle Herausforderungen und Potenziale herausgearbeitet haben, geht es in diesem Band zunächst darum, mittels einer vergleichenden Perspektive der Frage der Nachhaltigkeit und der Übertragbarkeit der Projekte in den einzelnen Bereichen weiter nachzugehen und Möglichkeiten einer sinnvollen strukturellen Einbindung der Projekte auszuloten. Welche Bedingungen müssen gegeben sein, damit Initiativen zur Unterstützung von Geflüchteten erfolgreich sind und – sofern erwünscht – langfristig bestehen können? Darüber hinaus ging es darum, zwei Jahre nach dem sogenannten »langen Sommer der Migration« eine Bestandsaufnahme vorzunehmen, und zu fragen, welche Auswirkungen die Bürgerbewegung auf die Zivilgesellschaft hatte. Was haben wir als Gesellschaft insgesamt gelernt? Unsere Annahme ist, dass sich in der Auseinandersetzung mit den Geflüchteten neue Formen des Umgangs und Kulturtechniken herausgebildet haben, die letztlich der Demokratie insgesamt zu Gute kommen werden. Sie sind eine aktive Aneignung von Zivilgesellschaft und stellen eine Antwort auf Politikverdrossenheit und gesellschaftlichen Rückzug dar.

In den Analysen zum ersten Band hatten sich bereits Themen abgezeichnet, die nun im Rahmen der weiteren Untersuchung vertieft wurden. Einige Initiativen und Projekte wurden erneut kontaktiert und Gesprächspartner\_innen noch einmal befragt. Zum Teil traten neue Projekte und Gesprächspartner\_innen hinzu. Aus Kapazitätsgründen konnten einige Bereiche, die die Kapitel des ersten Bandes bilden, nur bedingt weitergeführt werden. In anderen Bereichen wiederum taten sich gleich mehrere zu bearbeitende Themenfelder auf. Die ohnehin fluide Einteilung der einzelnen Bereiche aus Band I wurde daher in Band II zugunsten der Themenvielfalt fallen gelassen. Die Untersuchung zu dem Bereich »Arbeitsvermittlung« konnte nicht fortgeführt werden.

All dies ist nicht zuletzt deshalb von großem Belang, weil das Thema Flucht uns weiter begleiten wird. Das rapide Wachstum der Zahlen von Ge-

flüchteten, die in Griechenland und Italien gestrandet sind, und das voraussehbare Scheitern einer Politik, die meint, diesem Phänomen durch Abschottung und Abschreckung begegnen zu können, zwingen zum Umdenken und zum Entwickeln von proaktiven Antworten. Vor allem gilt es andere Kriterien für eine erfolgreiche Einwanderungspolitik zu etablieren. Wir müssen wegkommen von einer Denkweise, die Erfolg nur in der Verringerung der Zahl der Ankommenden und der Erhöhung der Zahl der Abgeschobenen definiert und zu einer Politik kommen, in der gelungene Integration als Maßstab der Politik etabliert wird. Dieses Buch möchte dazu beitragen, diesen Perspektivwechsel zu vollziehen.

Das Projekt wurde wie der erste Band mit Studierenden und Graduierten der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder) durchgeführt. Einige Beiträger\_innen des ersten Bandes mussten das Projekt berufsbedingt oder aufgrund anderer (universitärer) Verpflichtungen, Auslandsaufenthalte o.ä. verlassen, zwei weitere sind hinzugekommen. Die Autor\_innen dieses Bandes sind Fidel Bartholdy, Anne Eilert, Rasmus Geßner, Anja Gretschnann, Vinzenz Hoke-ma, Alina Juckel, Stephan Lidzba, Alexander Peppler, Sophie Reimers, Marlene Rudloff, Ingmar Schrader, Caroline Strotmann und Werner Schiffauer. Die Leitung hatten Werner Schiffauer, Marlene Rudloff und Anne Eilert.

Dieses Buch ist aus einer Initiative des Rats für Migration, eines Zusammenschlusses der Migrationsforscher\_innen in Deutschland, hervorgegangen. Der Rat hat die Vorstudie finanziert. Die Hauptuntersuchung wurde durch die Unterstützung der Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration ermöglicht. Ihnen gilt unser Dank. Er gilt darüber hinaus all den Projekten und Initiativen, für ihre Gesprächsbereitschaft und die Offenheit zur kritischen Auseinandersetzung. Neben einem internen Lektoratsteam unterstützte uns Nikola Klein als externe Lektorin, bei der wir uns hiermit ebenfalls bedanken möchten.

## Die civil society als feine Kunst betrachtet

---

Werner Schiffauer

Die letzten zwei Jahre waren Sternstunden für die deutsche Zivilgesellschaft. In einer unerwartet produktiven Weise ist sie mit den Herausforderungen umgegangen, die sich mit der Ankunft einer großen Zahl Geflüchteter stellten, und hat darüber zu einem neuen Selbstverständnis gefunden. In einer Vielzahl von Projekten wurden vor allem auf lokaler Ebene neue Formen des Umgangs mit gesellschaftlicher Vielfalt entwickelt. Im ersten Band der Publikation *So schaffen wir das – eine Zivilgesellschaft im Aufbruch* haben wir durch eine Zusammenschau von 90 Projekten ausgelotet, was bei gegebenem politischen und gesellschaftlichen Willen alles möglich ist (Schiffauer, Eilert, Rudloff 2017). Unsere These war, dass sich eine neuartige soziale Bewegung formiert hat, die sich durch einen starken Bezug zur lokalen Gemeinde, neue Wege der Gemeinschaftsbildung, Lust am Experimentieren, neue Allianzen, eine starke Betonung persönlicher Beziehungen, Sensibilität gegenüber karitativen Fallstricken sowie neue Formen lokaler Identität, aber auch durch die Erneuerung des Traums der *citoyenneté*, der politischen Bürgerschaft, auszeichnet. Wir argumentierten, dass die Bewegung in ihrem Kern nicht karitativ, sondern politisch war – und der Gegenwind, den sie im Augenblick von der etablierten Politik, aber auch von den Medien erfährt, reflektiert die politische Beunruhigung, die von ihr ausgeht. In dieser Bewegung hat sich die Bürgergesellschaft neu erfahren. Es gab eine Verschiebung von einer Selbstwahrnehmung der Zivilgesellschaft als Ensemble gewachsener Strukturen – Vereinen, Gewerkschaften, Kirchen – in die man hineinwächst und in deren Rahmen man ehrenamtliche Aufgaben wahrnimmt, hin zu einer Selbstwahrnehmung als Projekt, das zu gestalten ist, das Kreativität erfordert und die Entwicklung neuer Institutionen verlangt. Dieser Geist des Aufbruchs erfasste auch die Institutionen, die bisher die Zivilgesellschaft geprägt haben, Sportvereine und Kirchengemeinden, die sich zum Teil neu erfanden.

In diesem Band versuchen wir Bilanz zu ziehen. Dabei geht es uns zum einen um die Auswertung der Erfahrungen, die in den letzten zwei Jahren, und zum

Teil darüber hinaus, gesammelt wurden. Welche Experimente haben sich bewährt, welche sind gescheitert? Was muss(te) gegeben sein, um Nachhaltigkeit herzustellen? Uns interessiert nicht die Bewertung von Projekten, sondern die Identifikation von Faktoren, die zum Scheitern oder zum Erfolg geführt haben. Zum Zweiten – und mehr noch – geht es uns darum zu fragen, was die Bewegung für die Kultur der Zivilgesellschaft in Deutschland bedeutet hat: Welche neuen Formen des Umgangs mit Diversität wurden entwickelt? Welche zivilgesellschaftlichen Lernerfahrungen wurden gemacht? Und welche Schwierigkeiten wurden im Experimentieren mit neuen Formen des Umgangs deutlich? Wie hat schließlich das Engagement die Sicht und das Selbstverständnis der zivilgesellschaftlichen Akteure verändert?

Der Begriff der *Zivilgesellschaft* bezieht sich auf den Raum der selbstbestimmten Verbindungen und Vereinigungen von Bürger\_innen. Nach Michael Walzer (1992: 89) ist sie »der Raum freier menschlicher Assoziationen und der Beziehungsnetzwerke, die gebildet werden, um die Angelegenheiten von Familie, Religion, gemeinsamer Interessen zu verfolgen«. Diese Netzwerke umfassen Gewerkschaften, Kirchen, politische Parteien, soziale Bewegungen, Kooperativen und alle Arten von »Gesellschaften für diesen und jenen Zweck« (ebd. 90). Dieser Raum der Zivilgesellschaft wird von Walzer vom Raum der politischen Institutionen, der Produktion, des Austauschs bzw. des Marktes und dem Raum der Nation abgegrenzt. Die Zivilgesellschaft wird getragen von Bürger\_innen, die ohne Zwang miteinander in Beziehung treten, sich untereinander austauschen und darüber Gruppen aller Art bilden und neu bilden, nicht für einen bestimmten Zweck – Familie, Stamm, Nation, Religion, Kommune, Bruder- oder Schwesterschaft, Interessengruppe oder in ideologischer Absicht – sondern als Selbstzweck. Mit Habermas (1981) könnte man diesen Raum der kommunikativen Vergesellschaftung auch als *Lebenswelt* charakterisieren. Im Anschluss daran verstehen wir unter *Kultur der Zivilgesellschaft* die Gesamtheit der Kulturtechniken und Haltungen, mit denen Kommunikation hergestellt, erleichtert oder flüssiger gemacht wird.<sup>1</sup> Wenn wir im Folgenden das Feld zivilgesellschaftlicher Experimente der letzten Jahre durchmustern, dann geht es also nicht nur darum herauszuarbeiten, was im Umgang mit den Herausforderungen der Aufnahme von Geflüchteten besonders erfolgreich war, sondern auch zu zeigen, wie in dem Prozess Kulturtechniken und Haltungen entwickelt wurden, die die Zivilgesellschaft, den Raum bürgerlichen Austauschs, bürgerlicher Selbstverständigung und Vergesellschaftung, insgesamt verändert haben. Der Blick gilt den Errungenschaften, die oft hart erarbeitet wurden – und die es lohnt zu bewahren.

---

1 | Wir beziehen uns dabei auf den Kulturbegriff von Ann Swidler (1986), die den Werkzeugcharakter von Kultur (*tool kit*) herausgestellt hat.

Unter dieser Perspektive erscheint die Ankunft einer großen Zahl von Geflüchteten als eine Herausforderung, an der die Kultur der deutschen Zivilgesellschaft gewachsen ist. Die Ereignisse von 2015 konfrontierten die Gesellschaft mit ihren Grenzen. Die existierenden gesellschaftlichen und staatlichen Mechanismen waren überfordert; es mussten neue Strukturen gefunden werden. Gleichzeitig bedeutet die Ankunft einer neuen von außen kommenden Gruppe, dass eingespielte gesellschaftliche Verhältnisse durcheinanderschüttelt wurden. Es spielte sich deshalb ein Prozess ab, in dem nicht nur einzelne Gruppen mit Geflüchteten in Bezug traten, sondern in dem auch die Beziehungen der existierenden Gruppen untereinander neu ausgehandelt wurden.

Dies galt insbesondere auch für das Verhältnis von Zivilgesellschaft und Staat. Auf dem Feld der Flüchtlingspolitik dominiert die Staatsräson. Die Logik staatlichen Handelns leitet sich aus der Wahrung der Souveränität des Staates ab: der Aufrechterhaltung seiner Handlungsfähigkeit, dem Schutz der Grenzen, der öffentlichen Ordnung und der inneren Sicherheit. Aus dieser Logik werden die »Sachzwänge« abgeleitet, denen Politik und Verwaltung folgen – und die oft als die einzigen rationalen gelten. Diese Logik überlagert die Logik der Zivilgesellschaft, für die die Regeln des gedeihlichen Zusammenlebens und eine auf Respekt basierende, möglichst herrschaftsfreie Kommunikation das Ideal vernünftigen Umgangs darstellen. Jürgen Habermas hat derartige Prozesse, bei denen die Systemlogik die Logik von Kommunikationsprozessen zurückdrängt, unter den Begriff der »Kolonialisierung der Lebenswelt« gefasst. Was wir 2015 beobachteten, war ein zeitweises Aufweichen und Zurückdrängen der Staatsräson durch zivilgesellschaftliche Vernunft. Man denke etwa nur daran, wie dem Begriff *Asyl*, also Schutzrecht, seine ursprüngliche gesellschaftliche Bedeutung wiedergegeben wurde – in Kritik an der staatlichen politisch-rechtlichen Juridifizierung und Kodifizierung, mit denen *Asyl* verwaltet, aber nicht gelebt wurde.

Diese Wiederaneignung gesellschaftlicher Aufgaben wurde von einem großen Teil der Zivilgesellschaft als durchaus befreiende Chance wahrgenommen, insbesondere von denjenigen, bei denen das Gefühl vorherrschte, dass die weltpolitische Situation eine Neuausrichtung der Bundesrepublik erforderte und dass eine Fortführung der Abschottungspolitik nicht nachhaltig ist. Ein anderer Teil der Zivilgesellschaft reagierte dagegen mit Ablehnung, wenn nicht Panik, und forderte eine Rückkehr zur vermeintlichen Sicherheit der nationalstaatlich gerahmten Gemeinschaft. Letzteren gelang die Eroberung der Politik und der öffentlichen Meinung. Im letzten Jahr beobachteten wir dann eine Wiederherstellung staatlicher Ordnungspolitik.

Einleitend möchte ich verschiedene Kulturtechniken bzw. Künste ansprechen, die in diesem Buch zum Tragen kommen: Die Kunst, Win-win-Situationen herzustellen; die Kunst, zivilgesellschaftliche und administrative Logik

auszubalancieren; die Kunst, das Ehrenamt zu pflegen; die Kunst, die Potenziale der Stadtgesellschaft zu nutzen; die Kunst, Begegnungen auf Augenhöhe herzustellen; die Kunst der Einbettung. Ich werde anschließend auf die Notwendigkeit einer neuen Förderpolitik eingehen und auf die Notwendigkeit ein stärkeres zivilgesellschaftliches Selbstbewusstsein auszubilden, um die Erregenschaften auch zu verteidigen.

## **Die Kunst, Win-win-Situationen herzustellen**

Eine Herausforderung, die sich jeder Zivilgesellschaft stellt, ist die Problematik der *Alterisierung* beziehungsweise die Herstellung verhärteter Gruppenidentitäten, die drohen die Zivilgesellschaft zu spalten. »Wir-Die«-Unterscheidungen gibt es zwar überall, sobald sie sich jedoch verfestigen, entsteht nahezu unweigerlich eine Kultur der Abgrenzung und des Aufrechnens. Gleichzeitig verstärkt jeder Akt des Aufrechnens und Vergleichens wiederum die Grenzen, weil jeder Fortschritt, der von »denen« gemacht wird, auf »unsere« Kosten zu erfolgen scheint. Die Anderen sind deshalb bedrohlich für das Eigene. Dieses Problem der Alterisierung stellt sich besonders bei Neuankömmlingen: Hier ergibt es sich fast von selbst, dass die Alteingesessenen, die Etablierten, den Neuankommenden als Gruppe gegenüberstehen. Die Gefahr, dass Letztere zu Außenseiter\_innen werden und dass dieser Status sich verfestigt, ist damit vergleichsweise hoch.<sup>2</sup> Insbesondere ist dies der Fall, wenn die *Wir-Gruppe* nationalstaatlich kodiert werden kann, wenn also »wir, die Deutschen« den Geflüchteten gegenüberstehen. Ein wichtiger Beitrag zum Durchbrechen dieser Logik ist die Herstellung von Win-win-Situationen:<sup>3</sup> Profitieren beide Seiten von einer neuen Lage, werden »Wir-Die«-Unterscheidungen in ein umfassenderes »Wir« integriert und in ihrer Wirkung abgeschwächt. Die Rahmung einer Situation als Nullsummenspiel wird ersetzt durch eine Rahmung als Gewinngemeinschaft. Das was einer Seite zugute kommt, wird der anderen Seite nicht nur nicht weggenommen, sondern führt auch zu einer Verbesserung ihrer Situation.

Im vorliegenden Band berichtet unter anderem der Artikel von Vinzenz Hokema davon, wie es auch unter erschwerten Bedingungen möglich ist, die Logik der Alterisierung zu durchbrechen oder zumindest abzuschwächen. Am Beispiel ländlicher Gemeinden in strukturschwachen Regionen zeigt er, wie es trotz verhältnismäßig schwieriger Ausgangslagen gelungen ist, Situationen zu

---

**2** | Die klassische Beschreibung dieser Dynamik findet sich bei Elias und Scotson (1990).

**3** | Eine andere Form, die Alterisierungslogik zu durchbrechen, ist die Vermittlung von Pat\_innenschaften zwischen Personen mit ähnlichen Interessen. Hier überlagert dann das geteilte Interesse die anderen Trennlinien.

schaffen, in denen die Anwesenheit von Geflüchteten von einem überwiegenden Teil der Dorfföflichkeit als Zugewinn erlebt wurde. In Sumte, einem kleinen randständigen Dorf in Niedersachsen, wurde darauf hingearbeitet, dass der ganze Ort von den ökonomischen Chancen, die die Errichtung einer relativ großen Notunterkunft bot, profitierte – beispielsweise, indem darauf geachtet wurde, lokale Arbeitskräfte einzustellen. In Golzow, Brandenburg, ermöglichte die Aufnahme zweier geflüchteter Familien den Fortbestand der örtlichen Grundschule, die wegen zu weniger schulpflichtiger Kinder kurz vor der Schließung gestanden hatte, wodurch auch hier eine Win-win-Situation geschaffen wurde. Gegenwärtig wird überlegt, ob durch die Ansiedlung von geflüchteten Ärzt\_innen dem Ärztemangel im ländlichen Raum entgegengewirkt werden könnte. Auch wenn bei diesen Beispielen der beidseitige Nutzen auf der Hand zu liegen scheint, war er in keinem der Fälle selbstverständlich: In Sumte und Golzow musste zunächst in Gemeindeversammlungen die Rahmung als Win-win-Situation gegen eine nationalstaatlich kodierte Sicht (wir Deutsche und die Muslime) durchgesetzt werden. Konflikte über kulturelle Selbstverständlichkeiten (Kopftuch, Handgeben) drohten immer wieder Trennlinien aufleben zu lassen, und mussten moderiert werden. Nicht zuletzt war dem Neiddiskurs, dem ebenfalls eine Kultur des Aufrechnens zugrunde liegt, etwas entgegenzusetzen. Dies geschah zum Teil durch die Herstellung von Transparenz, da die allermeisten Neiddiskurse auf Gerüchten basierten, die sich leicht widerlegen ließen. Hokema streicht an dieser Stelle heraus, dass nach Möglichkeit verhindert werden muss, Strukturen ausschließlich für Geflüchtete zu schaffen. Grundsätzlich sollte nach Wegen gesucht werden, die die in der Auseinandersetzung mit der Notlage Geflüchteter geschaffenen Strukturen – etwa Fahrdienste – auch allen anderen Bedürftigen im Gemeinwesen zugute kommen zu lassen.

Für eine wechselseitige Akzeptanz ist es dabei wichtig, dass die Geflüchteten nicht auf den Status der Wohlfahrtsempfänger\_innen reduziert werden. Auch ist es in dieser Hinsicht zentral, sie so schnell wie möglich in Arbeit zu bringen. Hier gibt es gerade vonseiten der Kommunen viele Möglichkeiten, insbesondere mit dem Instrument der *Ein-Euro-Jobs*, so Martin Patzelt, ehemaliger Oberbürgermeister von Frankfurt/Oder, in einem Interview mit dem Autor. Was hier möglich ist, zeigt unter anderem der Fall von Schwäbisch Gmünd, den wir im ersten Projektband beschrieben haben (Lidzba 2017).

Das Schaffen von Win-win-Situationen löst alleine noch nicht die Unterscheidung von »Wir-Die« auf, schwächt sie aber ab und eröffnet damit Wege des Umgangs mit der Differenz, die nicht polarisieren, sondern die Suche nach Gemeinsamkeiten in den Vordergrund stellen. Sie bereitet damit den Weg für eine Kultur des »klugen Umgangs mit Differenz« (Schiffauer 2008).

Es ist freilich zu konstatieren, dass es Grenzen für die Herstellung von Win-win-Situationen gibt. Eine liegt bei knappen Gütern vor. Dazu gehört etwa die

Anzahl von Wohneinheiten für wenig Verdienende in Großstädten: Hier vermindert die Vergabe von Wohnungen an Geflüchtete tatsächlich die Chancen anderer Bedürftiger, an günstigen Wohnraum zu kommen. Nach unseren Beobachtungen sind davon besonders andere Gruppen mit Migrationshintergrund betroffen. Tatsächlich bestünde auch hier die Möglichkeit, Win-win-Situationen herzustellen, wenn Wohnraum in von Abwanderung betroffenen Gebieten vermittelt werden würde. Damit dies realisiert wird, müsste aber zweierlei geschehen: Die Einheimischen in strukturschwachen Regionen müssten den Vorteil erkennen, der gegeben ist, wenn die durch Abwanderung bedingte Abwärts-spirale gestoppt wird. Die damit erzeugte Offenheit für die Aufnahme von Geflüchteten wäre dann die Voraussetzung dafür, dass auch die Geflüchteten die Win-win-Situation erkennen könnten, die mit dem Leben in strukturschwachen Regionen zumindest für eine Anfangszeit gegeben ist. Das Verfügen über eine eigene Wohnung, aber auch eine größere Chance der Immersion in die deutsche Gesellschaft gehören dazu. Golzow zeigt, dass dies möglich ist. Dies setzt aber voraus, auf Zwangsmaßnahmen wie Wohnortzuweisungen zu verzichten. Der damit verbundene Druck blockiert häufig die Wahrnehmung von Win-win-Situationen, auch dann, wenn sie objektiv gegeben sind. Auf sie zu verweisen erscheint dann als hohles Schönreden von Maßnahmen, die gegen den Willen der Betroffenen (und zwar auf beiden Seiten) durchgesetzt werden. Zu berücksichtigen ist ebenfalls, dass Situationen, die für Familien eine Win-win-Situation darstellen, dies für Geflüchtete in anderen Lebensumständen – etwa alleinstehende junge Männer – keinesfalls sein müssen.

Eine andere Grenze zeigt Hokema auf: Es kann sein, dass Geflüchtete durch die Aufnahme in ländliche Strukturen überfordert werden. Kleine Gemeinschaften zeichnen sich durch hohe personale Aufmerksamkeit aus. Das Verhalten von Neuankömmlingen wird genau registriert. Gerade traumatisierte Geflüchtete können durch solche Strukturen überfordert werden.

### **Die Kunst, zivilgesellschaftliche und administrative Logik auszubalancieren**

Die Frage der Wohnraumzuweisung zeigt den Sinn und die Notwendigkeit, Zeit und Ressourcen für die Aushandlungsprozesse bereitzustellen, um Lösungen zu finden, die den individuellen Bedürfnissen der Geflüchteten Rechnung tragen. Die Kunst, im Einzelfall in kommunikativen Aushandlungsprozessen die bestmögliche Lösung zu finden, ist Ausdruck der kommunikativen Vernunft, die die Zivilgesellschaft auszeichnet. Sie steht in Spannung zur Logik der Administration, für die das Grundprinzip gilt, gleiche Fälle gleich zu behandeln. Bürokratien müssen deshalb Kategorien bilden, um auf dieser Grundlage zu Entscheidungen zu finden. Beide Logiken stehen in Spannung zueinander, haben jedoch jeweils für sich ihre Gültigkeit und stehen deshalb

in einem komplementären Verhältnis. Es ist nicht sinnvoll, eines gegen das andere auszuspielen. Eine Logik, die nur die Einzelfallgerechtigkeit betont, setzt sich leicht dem Vorwurf der Sonderbehandlung und damit der Ungerechtigkeit aus. Eine Logik, die Entscheidungen ausschließlich auf kategoriale Unterscheidungen setzt, stößt auf Widerstand, wenn sinnvolle und pragmatische Lösungen aus »prinzipiellen Gründen« nicht umgesetzt werden können. Nur über bürokratische Rationalität kann die Berechenbarkeit und Verlässlichkeit von Verwaltungshandeln hergestellt werden; nur durch zivilgesellschaftliche Vernunft kann dem Bürokratismus (mit der ihm eigenen Standardisierung und Kategorisierung) etwas entgegengesetzt werden. Erst die Verbindung aus beidem lässt die Gesellschaft anpassungs- und wandlungsfähig werden und wachsen. Die Spannung zwischen den beiden Logiken wird vor allem im Text von Caroline Strotmann deutlich. Sie zeigt in ihrem Beitrag, wie im Wohnprojekt *Grandhotel Cosmopolis* immer wieder sinnvolle und praktikable Lösungen seitens der Verwaltung verhindert wurden, die der administrativen Logik folgte.

Ingmar Schrader führt in seinem Text am Beispiel von LSBT\*I\*-Projekten in Berlin, Nürnberg und Sachsen auf, was alles möglich ist, wenn besondere Situationen, in diesem Fall das besondere Schutzbedürfnis sexueller Minderheiten, auch politisch anerkannt werden. In diesem Fall wurde seitens der Verwaltung größerer Spielraum zugestanden, und es war den Initiativen vor allem in Bezug auf die Unterbringungssituation möglich, Lösungen zu finden, die in anderen Fällen kaum durchsetzbar gewesen wären. Derartige Readjustierungen von Staat und Zivilgesellschaft sind inzwischen wieder zur Ausnahme geworden. Man hat den Eindruck, dass in den meisten Bereichen die Offenheit, die staatliche Stellen im Sommer 2015 zeigten, wieder zurückgenommen wurde – zum einen aus der Sorge um einen anwachsenden Populismus, zum anderen aus Gründen der Staatsräson. So geht es immer wieder darum, etwaige Pull-Faktoren und Migrationsanreize zu vermeiden. Dabei ist gerade in Bezug auf Flucht und Vertreibung die Sondersituation die Regel. Man denke an die große Belastung durch Traumata, die besondere Situation von Familien und die zahlreichen Lagerungen der Fluchtursachen. Bei den Betroffenen und den Initiativen dominiert das Gefühl, dass hier eine Situation »verwaltet«, aber nicht einer Lösung zugeführt wird. Mögliche Antworten auf die konkreten Probleme werden vor Ort häufig im Dialog mit den Initiativen ausgehandelt. Was oftmals fehlt, ist der politische Wille, eine Umsetzung zuzulassen. Dabei geht es nicht darum, der Verwaltung zusätzliche Bürden durch zeitintensive Aushandlungen aufzulasten, sondern darum, Offenheit für Lösungen einzufordern, die im Dialog mit zivilgesellschaftlichen Akteuren gefunden werden. Diese Flexibilität zahlt sich aus, weil sie die Integration fördert und das Auftreten von Folgeproblemen unwahrscheinlicher macht.

Gerade die LSBT\*I\*-Projekte zeigen auf, dass es möglich ist, zu einer anderen Balance der zivilgesellschaftlichen Rationalität und der staatlich administrativen Rationalität zu kommen, als es bislang die Regel ist.

## **Die Kunst, das Ehrenamt zu pflegen**

Als eine der großen zivilgesellschaftlichen Errungenschaften der Geflüchtetenbewegung wird die Erneuerung des Ehrenamts in Erinnerung bleiben. Diese Erneuerung ergab sich dadurch, dass die Kommunen auf einmal mit einer großen gesellschaftspolitischen Herausforderung konfrontiert waren, die die einzelnen Bürger\_innen forderte. Ihre Besonderheit lag in der Verbindung von sozialen und politischen Notlagen, die die Flucht auszeichnet. Es war diese Besonderheit, die dazu führte, dass das Spektrum der ehrenamtlich Engagierten sich entscheidend erweiterte: Neben den Feuerwehrmann, den Fußballtrainer und den Engagierten in der kirchlichen Jugendarbeit traten auf einmal Studierende und politische Aktivist\_innen.<sup>4</sup> Dabei war das Gefühl weit verbreitet, dass eine große Aufgabe, die sich dem Gemeinwesen stellte, gemeinsam zu lösen war.

Man kann die Bedeutung des Ehrenamts als eine Notlösung interpretieren, die angesichts der Überforderung oder des Versagens staatlicher Instanzen notwendig geworden war. Aufgaben, die eigentlich genuin vom Staat hätten bewältigt werden müssen, wurden nolens volens von den Bürger\_innen übernommen. Gesamtgesellschaftliche Aufgaben wurden privatisiert und »verehrenamtlicht«. Aus dieser Sicht handelte es sich bei dem Erneuern des Ehrenamts um eine Ausnahmesituation, die nach Möglichkeit so schnell wie möglich in professionelle Strukturen überführt werden sollte.<sup>5</sup>

Diese Sichtweise ist bestimmt gerechtfertigt. Dennoch ist es nur eine Seite der Medaille. Unserer Auffassung nach ist die Bürgerbewegung *auch* ein Akt der Wiederaneignung der Zivilgesellschaft durch ihre Bürger\_innen, ein Akt der Rückübernahme von Aufgaben, die über Jahre hinweg an staatliche Instanzen delegiert worden waren. Diese wurden damit teilweise der staatlichen Kontrolle wieder entzogen. Wesentlich war die Herstellung von *face-to-face-Beziehungen*. Pat\_innenschaften, die Organisation von Begleitungen zu Ämtern, Fahrdienste oder auch Deutschunterricht boten Gelegenheiten zur

---

**4** | Aus der Perspektive der Sportvereine siehe hierzu Braun et al. (2017: 144-164).

**5** | Siehe Graf (2016), hier die Forderung der Alice Salomon Hochschule: »Für die Soziale Arbeit mit geflüchteten Menschen sind zahlreiche sozialarbeiterische und sozialpädagogische Kernkompetenzen für Beratung, Betreuung, Kooperation und Vermittlung erforderlich, weshalb ein Abschluss als Sozialarbeiter\_in/Sozialpädagoge\_in (BA, MA, Diplom) und die in den entsprechenden Studiengängen vermittelten Fähigkeiten und Wissensbestände Voraussetzung für die Beschäftigung sind.«

Begegnung, durch die persönliche Beziehungen entstanden. Im Umgang mit den Neuangekommenen wurde realisiert, was nach Walzer den Kern der Zivilgesellschaft bildet, nämlich die Sozialität um der Sozialität willen herzustellen.

Dabei wurden professionelle – und damit rollenhafte und rechtlich normierte – Beziehungen zwischen einem angestellten Sozialarbeiter oder einer Sachbearbeiterin und seinen/ihren Klient\_innen durch persönliche und damit auf Gegenseitigkeit beruhende Beziehungen ergänzt oder auch ersetzt; wenn man mit Buber (1979) will, trat an die Stelle einer *Ich-Es-Beziehung* (in der eine Problemlage verwaltet wird) eine *Ich-Du-Beziehung* (in der eine Problemlage gemeinsam bearbeitet wird). Dies bedeutet eine grundsätzlich andere Logik. Julia Eckert (2017) argumentiert, dass damit die unter dem Stichwort *Humanitarismus* artikulierte Kritik<sup>6</sup> zum Teil ausgehebelt wird. Eine *Ich-Du-Beziehung* erlaubt nämlich die Überführung von Hilfe in Solidarität. Sophie Reimers (2017) verweist in ihrem Text darauf, dass Ohnmachtserfahrungen oder auch hilflose Wut, die Geflüchtete erleben, von den Helfer\_innen geteilt und mitempfunden werden. Die hier empfundene Emotionalität geht weit über das hinaus, was üblicherweise als *Mitleid* beschrieben wird. Es ist im genauen Sinn ein *Mit-Leiden*.<sup>7</sup> Diese Emotionen führen zu Lernprozessen, die im Wesentlichen politischen Charakter haben. Die dadurch motivierte Politisierung nimmt häufig die Kritik an der deutschen Politik an. Den Ehrenamtlichen erscheint beispielsweise die kategorische Unterscheidung von Geflüchteten aus »sicheren Herkunftsstaaten« mit geringer Bleibeaussicht und von solchen mit hoher Bleibeaussicht auf dem Hintergrund der persönlichen Kenntnis der Notlage zunehmend absurd. Die persönliche Begegnung erlaubt die Bildung einer eigenen Meinung und macht die Künstlichkeit dieser politisch motivierten Unterscheidungen deutlich. Die interpersonalen Beziehungen, die eingegangen werden, und die politischen Bewusstseinslagen, die dadurch gestiftet werden, streuen Sand in die ansonsten gut geölte Maschinerie der Abschiebung. Die Beunruhigung, die davon ausgeht, drückte die Bundeskanzlerin in einer Presseerklärung der Bundesregierung wie folgt aus: »Wir arbeiten daran, dass Rückführungen möglichst aus den Erstaufnahmeeinrichtungen erfolgen können; denn wir wissen: Wenn Menschen erst einmal durch ehrenamtliche Helfer\_innen in Kommunen integriert werden, dann ist die Rückführung sehr

---

6 | Für die Entfaltung der Kritik am Humanitarismus siehe Fassin (2012).

7 | Siehe auch die Schilderung der Gefühle, die bei den Engagierten im *Grandhotel Cosmopolis* ausgelöst wurden, als sie mit der Abschiebung einer Familie konfrontiert wurden: »Um Viertel nach sieben sitzt G. schluchzend auf der Treppe zur Eingangstür, überwältigt von ohnmächtiger Wut oder der Trauer über das Schicksal von B. und ihren Kindern.« (Strotmann 2017)

viel schwerer und schwieriger.«<sup>8</sup> Angesichts des Wertes des Ehrenamts für die Bürgergesellschaft erscheint es fast stiefmütterlich, wie mit ihm umgegangen wird. Reimers beschreibt in ihrem Text die Herausforderungen, denen Ehrenamtliche ausgesetzt sind. Dazu gehört die Erfordernis, eine Balance zwischen Nähe und Distanz zu finden, um sich nicht bis zum *Burnout* zu überfordern. Eine zweite Belastung, mit der Ehrenamtliche regelmäßig zu kämpfen haben, sind unrealistische Erwartungen an sich selbst und an die Ergebnisse der Arbeit. Sehr schwierig ist es drittens, mit der fehlenden gesellschaftlichen Anerkennung oder der Anfeindung der Unterstützungsarbeit durch einen Teil der Zivilgesellschaft zurechtzukommen. Eine vierte Belastung ist durch die Politik gegeben, die als sehr widersprüchlich und wenig nachhaltig empfunden wird, und der man vorwirft, die Basis der Arbeit zu untergraben.<sup>9</sup> All dies macht die Errichtung von Strukturen notwendig, durch die Reflexion, Begleitung und Austausch in den Gruppen geleistet wird.

### **Die Kunst, die Potenziale der Stadtgesellschaft zu nutzen**

Die Kommunen sind der Ort, an dem sich eine neue Balance von Zivilgesellschaft und Staat realisieren kann, weil sich in ihnen Bürgernähe und Staatlichkeit verzahnen. Einerseits werden die Gemeinden und Städte mit den Konsequenzen der Migration vor Ort konfrontiert und sind gezwungen pragmatische Lösungen für entstehende Schwierigkeiten zu finden. Andererseits sind sie in die Aushandlungsprozesse der Bürger\_innenschaft einbezogen. Es ist bemerkenswert, dass die Bürger\_innenschaft diese staatlichen Akteure auf ihre Seite ziehen konnte, als es um den Umgang mit Abschiebung ging. Es kommt nicht selten zu Konflikten zwischen lokaler und nationaler Ebene. Bemerkenswert ist auch die Klage in einem Strategiepapier der Bundesregierung:

»Es ist aber nicht nur die Landes- und Bundespolitik, deren Unterstützung bei der Rückführung vielfach vermisst wird. Allgemein bekannt ist auch die Einflussnahme durch die Lokalpolitik auf kommunaler Ebene. Da gibt es den Bürgermeister oder Landrat, der wegen des drohenden Imageschadens aber auch angesichts nahender Kommunalwahlen in den Medien nicht in Verbindung mit Abschiebungen gebracht werden möchte oder aus eigener politischer Anschauung dem Abschiebungsvollzug seiner Ausländerbehörde den Rückhalt versagt.« (AG Rück Trier 2011)

---

**8** | <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2017/02/2017-02-09-treffen-merkel-mit-ministerpraesidenten-der-laender.html>, zit. in: Scherr (2017).

**9** | Diese Vorwürfe werden vor allem in Bayern erhoben: Auf einer Vollversammlung der Flüchtlingsinitiativen am 23.04.2016 auf dem Münchner Marienplatz und einer Demonstration am 25.06.2016 wurde die Politik der Bayerischen Staatsregierung explizit als der Versuch gewertet, die Projektarbeit kaputt zu machen.

Ein bemerkenswertes Beispiel waren die Aushandlungen anlässlich der Besetzung der Gerhart-Hauptmann-Schule in Kreuzberg durch Geflüchtete, bei denen es zu einer offenen Auseinandersetzung des Bezirksamts Friedrichshain-Kreuzberg und dem Senat von Berlin kam. Hier wurden erstmals auf der lokalen Ebene tastend und suchend Wege ausprobiert, um mit der politischen Herausforderung *Flucht* neu umzugehen (Rudloff 2014). Die Kommunen sind sozusagen das Interface zwischen Bürgerschaft und Staat. Auf der Länder- und der nationalen Ebene, wo die Bürgerbeteiligung wesentlich beschränkter stattfindet und sich die Systemzwänge ungehinderter durchsetzen, ist man weit weniger offen für die Ansinnen der Bürgergesellschaft. Interessante Modelle einer Verzahnung von Ehrenamt und Verwaltung wurden nicht zuletzt aus diesem Grund, vor allem auf der kommunalen Ebene entwickelt.

Stephan Lidzba arbeitet in seinem Text zu diesem Band unterschiedliche Modelle dieser Verzahnung heraus. Er unterscheidet die Modelle Freiwilligenagentur und Stabsstelle. Beide Institutionen sind an der Schnittstelle der Verwaltung zur Zivilgesellschaft tätig: Während jedoch die Stabsstelle innerhalb der Verwaltung angesiedelt ist, ist die Freiwilligenagentur außerhalb der Verwaltung angesiedelt (auch wenn sie in der Regel von der Kommune finanziert wird). Freiwilligenagenturen wirken eher in die Zivilgesellschaft hinein, während die Stabsstellen stärker die Koordination in der Verwaltung vorantreiben. Beide Modelle ermöglichen kurze Wege, die Vermeidung von Doppelangeboten und den sinnvollen Einsatz von Ressourcen. Nicht selten existiert auch eine Kombination beider Modelle.

Wichtiger als das Modell ist jedoch der politische Wille, wie er vom Amt des Bürgermeisters verkörpert wird. Wenn dieser existiert, stellt sich bei den Initiativen das Gefühl ein, »an einem Strang zu ziehen«; existiert es nicht, entsteht das Gefühl, politisch ins Leere zu laufen. Während es im ersten Fall zu ermutigenden Synergiegewinnen kommt, wirkt Letzteres lähmend. Fehlt der politische Wille, nützt das beste Modell nichts. Runde Tische verkommen dann zur Pflichtübung. Sie werden dann in der Regel noch weitergeführt, »weil es gut ist, sich zu kennen« – aber es fehlt die Dynamik. Festzuhalten ist, dass überall wo Verwaltung und Zivilgesellschaft zusammenwirken, sich dies positiv auf das politische Klima in den Städten auswirkte.

Die entscheidende Bedeutung einer Kooperation von Initiativen und Verwaltungen wird auch im Text von Anja Gretschmann herausgearbeitet. Vergleichbare Initiativen zur Errichtung digitaler Internetportale waren in Hamburg erfolgreich, wo öffentliche Verwaltung und Aktivist\_innen den gemeinsamen Nutzen derartiger Portale erkannten und an einem Strang zogen. In Dresden, wo die Stadtgesellschaft politisch gespalten ist, war von städtischer Seite eine Bereitschaft zur Zusammenarbeit kaum erkennbar. Dies wirkte sich lähmend auf die Kommunikation aus. Der Informationsfluss, der im einen Fall stattfand und Dinge in Bewegung setzte, unterblieb im anderen.

Kommunen sind aber auch deshalb interessant, weil sie einen Ansatzpunkt für kollektive Zugehörigkeiten jenseits des Nationalstaats darstellen. Die engagierte Stadtgesellschaft kann ein Ort sein, an dem politische Gemeinschaft, mit der man sich identifizieren und auf die man stolz sein kann, erlebbar wird. Auf dieser Ebene erscheinen Kommunitarismus und Kosmopolitanismus, die in der nationalistischen Rhetorik als Gegensätze konstruiert werden, nicht unvereinbar. Die Erfahrungen im Umgang mit Geflüchteten haben gezeigt, dass die lokale Gemeinschaft gerade aus dem gelungenen Umgang mit Diversität Stärke und Selbstbewusstsein ziehen kann. Im ersten Band hat Stefan Lidzba an den Beispielen Schwäbisch Gmünd und Nürnberg gezeigt, wie das gelungene Zusammenspiel von Stadtverwaltung und Zivilgesellschaft sich positiv auf die Atmosphäre einer Stadt auswirkte. Dies gilt auch für Dörfer. Martin Patzelt berichtete von Bürger\_innen aus Briesen, dem Dorf in der Mark Brandenburg, das er als Abgeordneter im Bundestag vertritt, die äußerten, dass sie »so viel Gemeinschaft wie noch nie« empfunden hätten.

### **Die Kunst, Begegnungen auf gleicher Augenhöhe herbeizuführen**

Begegnungen auf gleicher Augenhöhe ergeben sich nicht von selbst – besonders dann nicht, wenn strukturelle Ungleichheiten existieren. Mehrere Texte dieses Buches widmen sich den Herausforderungen, die sich daran knüpfen – aber auch den Chancen, die damit verbunden sind, wenn den Neankömmlingen der Raum gegeben wird, sich einzubringen.

Alexander Pepler untersucht die Möglichkeiten von Kultur- und Kunstprojekten. Gerade Kunst birgt die Chance, einen Raum für neue Geschichten und Sichtweisen zu schaffen und ihnen damit gerecht zu werden. Kunst lebt vom Ver-rücken der Perspektiven. Dies erlaubt es zum Beispiel, in der Darstellung der eigenen Situation für andere zu sich selbst zu finden und in der öffentlichen Auseinandersetzung präsent zu werden. Dies kann eine eher politische Form annehmen, wie beim Theater des *Club Al-Hakawati*, eine eher meditative Form wie beim *Interkulturellen Garten Braunschweig*, eine eher kulturvermittelnde Funktion wie bei dem Museumsprojekt *Multaka* oder eine eher körperlich expressive Form wie bei dem Tanzprojekt der *Break Grenzen Crew*. Der Gewinn für die Zivilgesellschaft besteht in neuen Perspektiven; der Gewinn für die Kunstschaffenden in der Bearbeitung und Reflexion der eigenen Geschichte. Dabei erreichen Kunstprojekte in diesem Bereich eine komplexe Verschachtelung der Perspektiven. Die Kunstschaffenden präsentieren »ihre Geschichten« der Mehrheitsgesellschaft (und nehmen bei der Erarbeitung der Stücke die Perspektive der Mehrheitsgesellschaft, die sie ja erreichen wollen, bereits ein; die Zuschauer\_innen sehen sich mit den Geschichten oder dem Kulturerbe »der anderen« und darüber hinaus mit sich selbst konfron-

tiert. Gerade in und durch die Kulturprojekte werden neue Sichtbarkeiten hergestellt.

Ein Lehrstück über die Kunst, Begegnungen auf gleicher Augenhöhe herbeizuführen, ist die Studie zum *Grandhotel Cosmopolis* (Augsburg) von Caroline Strotmann. Das *Grandhotel* ist ein ambitioniertes Projekt, das Wohnen und Kulturarbeit zusammenführt. Die Vision des Projekts bestand darin, einen neuen, selbst gestaltbaren, offenen und kosmopolitischen Raum zu schaffen. Es entstand ein einzigartiger Ort, der in die weitere Öffentlichkeit hinaus ausstrahlte. Auch hier spielten kulturelle Projekte eine entscheidende Rolle, um die Bewohner\_innen und Besucher\_innen miteinander zu verbinden. Caroline Strotmann arbeitet auch die Schwierigkeiten heraus, die es bei der Realisierung der Vision gab. Der Anspruch, der hier (wie bei allen selbstorganisierten und partizipativen Projekten) an sich selbst gestellt wurde, war es, keine Angebote von Etablierten für Geflüchtete zu machen, sondern eine gemeinsame Idee zusammen zu verwirklichen. Dies war nur teilweise möglich. Problematisch und belastend wirkten insbesondere die Entgeltregelungen: »Arbeit auf Augenhöhe braucht auch eine Gleichberechtigung auf der monetären Ebene«, zitiert Strotmann einen Mitwirkenden – um dann darauf zu sprechen zu kommen, dass eine angemessene finanzielle Entschädigung von Geflüchteten aufgrund von Verwaltungsvorschriften nicht möglich sei. Kaum möglich ist es auch, die Verwaltungsarbeit egalitär zu teilen: Bürokratisches Arbeiten oder auch Antragsrhetorik erfordern so viel kulturelles *Know-how*, dass Geflüchtete kaum eingebunden werden können. Hierarchien werden folglich reproduziert.

Der Fall zeigt auch, wie wichtig humane Unterbringungsformen sind, um eine Begegnung auf Augenhöhe zu erreichen. Tatsächlich wirkt die Situation in den meisten Unterkünften auf die Betroffenen lähmend: Die von Alina Juckel untersuchten Notunterkünfte beförderten unter den Geflüchteten Depressionen und das Gefühl von Fremdbestimmung. Nahezu alle Projekte zeugen von der Notwendigkeit, gegen die in den Unterkünften produzierte Lethargie anzugehen.

Marlene Rudloff beschreibt ähnliche Dilemmata bei politischen Projekten, die mehrheitlich von Geflüchteten und Migrant\_innen getragen werden: Einerseits ist die Kooperation mit anderen Mitgliedern der Mehrheitsgesellschaft erwünscht und unumgänglich, andererseits reproduzieren sich dort Machtstrukturen. Eine Auseinandersetzung auf Augenhöhe erweist sich oft als nicht möglich, da im Falle von Konflikten die Gegenseite einfach wegbleibt. Völlig differente Lebenslagen produzieren auch unterschiedliche Bedürfnisse und Selbstverständlichkeiten – etwa im Umgang mit Geld: Dürfen Projektgelder für politische Projekte im Heimatland verwendet werden? Wie sind Ausgaben für Kleidung zu werten? Hier prallen häufig unterschiedliche Wertigkeiten

aufeinander. Der Text beschreibt Sichtweisen von geflüchteten Aktivist\_innen und Engagierten im Hinblick auf die eigene politische Arbeit.

Wie wichtig es ist, hier Lösungen zu finden, veranschaulicht der Artikel von Anja Gretschmann. Die von ihr analysierten digitalen Projekte offenbaren die zwingende Notwendigkeit der Einbindung von Geflüchteten: Ohne sie werden Projekte an den Bedarfen vorbei geplant.

Kommunikation auf Augenhöhe ist hier entscheidend; nicht nur mit den Geflüchteten selbst, sondern auch mit den Organisationen von Migrant\_innen, die früher gekommen sind. Der Text von Fidel Bartholdy demonstriert den unschätzbaren Wert, der dem Beitrag von Moscheegemeinden in der Geflüchtetenarbeit zukommt – oder vielmehr zukommen könnte, vorausgesetzt man gibt ihm den entsprechenden Raum. Denn ehemalige Arbeitsmigrant\_innen und Geflüchtete wissen aus eigener Erfahrung, wie es ist, sich als Neuangekommene in der deutschen Gesellschaft einfinden zu müssen. Sie können die Belastungen einschätzen, die mit den Aufenthalten in Massenunterkünften verbunden sind, die Bedeutung, die kulturellen Praxen – auch dem Essen – in solchen Ausnahmesituationen zukommt. Sie kennen die Hilflosigkeit und die Ängste, die aufkommen, wenn man sich in einer unvertrauten Lebenswelt zurechtfinden muss, und sie wissen, was es heißt, mit rassistischen Aggressionen konfrontiert zu werden.

Die zentrale Bedeutung von Migrant\_innenorganisationen wird häufig auch von den Kommunen gesehen. Was meistens nicht gesehen wird, ist der Gewinn, den man hätte, wenn die Migrant\_innenorganisationen nicht nur als Juniorpartner einbezogen werden würden, sondern wenn man ihnen auch Steuerungsaufgaben übertragen würde.<sup>10</sup>

---

**10** | Dies ist keine leichte Aufgabe. Auf der Seite der Mehrheitsgesellschaft bedeutet dies, mit Ängsten vor Kontrollverlust umzugehen. Auf der Seite der Migrant\_innenorganisationen bedeutet es einen Bruch mit der Rolle, die sie bisher einnehmen. Migrant\_innenorganisationen konnten sich als Gesprächspartner der Mehrheitsgesellschaft etablieren, indem sie sich den Regeln und den Bedingungen der Mehrheitsgesellschaft anpassten, wenn nicht unterwarfen. Dies bedingt die Schwäche, die jetzt zum Tragen kommt. In dieser Hinsicht überlegt die Initiative samo.fa, die sich der Stärkung der Aktiven aus Migrant\_innenorganisationen in der Flüchtlingsarbeit verschrieben hat, ein Fortbildungsprogramm aufzulegen. Es soll die Migrant\_innenorganisationen in die Lage versetzen, sich weiterzuentwickeln, auch und gerade in der Fähigkeit, die Rahmenbedingungen ihres Handelns fortschreitend zu analysieren. Dies müsste nach Maßgabe der Situation auch ein Empowerment-Training sein, dass die Gesprächspartner in die Lage versetzt, die Kompetenz, die aus ihrer eigenen Migrations- und Fluchterfahrung folgt, auch offensiv einzubringen und darüber zu einer Kritik der herrschenden Praxis zu kommen.

## Die Kunst der Einbettung

Eine der großen Herausforderungen, vor denen zivilgesellschaftliche Projekte stehen, ist es, die Verflechtung in das weitere gesellschaftliche Umfeld hinein zu managen. Sie müssen über ihre eigentliche Projektaufgabe hinaus mit anderen Institutionen kommunizieren und interagieren, wenn sie nicht scheitern wollen. Der Text von Rasmus Geßner zeigt dies anhand von Projekten, die sich der Bearbeitung von Traumata widmen. Hier muss auf das soziale Umfeld schon deshalb eingewirkt werden, um re-traumatisierenden Einflüssen nach Möglichkeit entgegenzutreten. Projekte in diesem Bereich müssen politische Institutionen für ihre Belange sensibilisieren – und zwar auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene. Vor allem auf der (inter-)nationalen Ebene sind Beziehungen zu einschlägigen Dachverbänden zu pflegen. Darüber hinaus gilt es, sich mit anderen, ähnlich aufgestellten Projekten zu vernetzen. All dies erfordert Öffentlichkeitsarbeit. Zur Kontaktpflege im erweiterten Umfeld gehört auch die Berücksichtigung der Tatsache, dass Ehrenamtliche immer auch in andere soziale Zusammenhänge eingebunden sind, denen sie Ressourcen einräumen müssen, wenn es nicht zur Überforderung kommen soll. Projekte müssen also einer Fülle von Aufgaben nachkommen, die über die Kernaufgaben hinausgehen. Dies bindet erhebliche Energien. In der Regel wird dieser Bereich bei der Antragstellung nicht berücksichtigt.

Dieses Problem stellt sich nicht nur auf dem speziellen Feld der Traumarbeit. Tatsächlich haben inzwischen viele Ehrenamtliche das Gefühl, dass ein Weitermachen sinnlos ist, wenn man nicht politisch wird. Wie bereits erwähnt wurde, ist diese Stimmung besonders bei den Initiativen in Bayern ausgeprägt, wo der politische Wind zunehmend eine sinnvolle und zielführende Geflüchtetenarbeit verunmöglicht. Es ist kein Zufall, dass gerade aus Bayern wichtige Initiativen hervorgehen, die politischen Druck ausüben. Zu nennen ist hier der Versuch, mit *Unserveto* einen Dachverband der ehrenamtlichen Flüchtlingshelfer\_innen in Deutschland aufzubauen, oder der Versuch, über den Aufbau einer neuen Partei (*mut*) Druck vor allem auf die Partei DIE GRÜNEN auszuüben. *Unserveto* zeichnet sich durch den Versuch aus, konsensfähige Positionen zu erarbeiten, denen alle Fraktionen der Unterstützerkreise zustimmen können. Allerdings bedeutet auch hier das politische Engagement zeitliche Abstriche von der eigentlichen Projektarbeit machen zu müssen und führt deshalb zu einem Zielkonflikt.

Eine wichtige Rolle bei der Pflege der Kontakte zur weiteren Umwelt können Kooperationen mit Universitäten spielen. Das von Rasmus Geßner beschriebene Behandlungszentrum für Kriegssopfer und Gefolterte in Malmö, das eng mit der Hochschule des Schwedischen Roten Kreuzes kooperiert, ist diesbezüglich sehr erfolgreich. Hier werden durch Forschungsprojekte und -reporte wissenschaftliche Expertise und Handlungsempfehlungen in die politische

Öffentlichkeit getragen. Auch wenn nicht überall eine so enge Kooperation mit Universitäten möglich ist, so kann doch ein Interesse an Qualifikationsarbeiten aufseiten Studierender mit einem Interesse an inhaltlicher Unterstützung, Öffentlichkeitsarbeit und Breitenwirksamkeit (ganz abgesehen von Evaluation) auf der Seite von Projekten einhergehen. In diesem Zusammenhang siedelt sich auch das Projekt »So schaffen wir das« an, aus dem dieser Text entstanden ist. Wie wertvoll diese Verbindung aus Lehre und Praxis auch in anderen Bereichen ist, zeigt in diesem Band nicht zuletzt der Artikel von Anne Eilert zur Integration von Kindern aus Einwandererfamilien in das deutsche Schulsystem. Über das Projekt *Sprachlernassistent\_innen* werden Berliner und Potsdamer Lehramtsstudierende in Willkommensklassen als Unterstützung der Lehrkraft eingesetzt. Von dem Projekt profitieren sowohl die Studierenden, die Praxiserfahrungen sammeln können, als auch die Willkommensklassen.

### **Die Notwendigkeit einer neuen Förderpolitik**

Das Ehrenamt wird, wenn überhaupt, über Projekte finanziert, die eigens beantragt werden müssen. Diese Form der Finanzierung hat Stärken, aber auch bemerkenswerte Schwächen. Als sinnvoll erweist sie sich dort, wo es zivilgesellschaftliche Freiräume zu schützen gilt. Signifikante Schwächen zeigt sie dagegen hinsichtlich der bereits angesprochenen notwendigen Vernetzung mit der weiteren Gesellschaft: In der Regel lassen sich über die Projektförderung nur Kernaufgaben finanzieren; die zahlreichen Zusatzaufgaben, deren Bewältigung für den Projekterfolg sinnvoll und manchmal unabdingbar sind, bleiben unter- bis unfinanziert. Dies liegt auch daran, dass die meisten Stiftungen ausschließlich »Projektförderung«, nicht aber »Strukturförderung« betreiben. Mittel für eine kontinuierliche Finanzierung fester Stellen (etwa Sekretariaten, Koordinierungsstellen) sind nicht vorgesehen.

Weitere Gesichtspunkte werden von Anne Eilert und Caroline Strotmann in ihren Texten erwähnt. Beide Autorinnen schildern herausragende Projekte – Anne Eilert das Projekt der *Sprachlernassistent\_innen* und Caroline Strotmann das *Grandhotel Cosmopolis* – die gleichwohl Finanzierungsprobleme haben. Beiden Projekten stellt sich das Problem der Sicherung von Anschlussfinanzierungen. Auch gute Projekte laufen regelmäßig aus, weil die Förderdauer begrenzt ist, obwohl der Bedarf weiter besteht. Zum Teil wird dies von den Stiftungssatzungen festgelegt. Eine Übernahme der Weiterfinanzierung durch andere Stiftungen ist in der Regel nicht realistisch, weil bei ihnen aus Profilierungszwängen das Bedürfnis dominiert, neue und erfolgversprechende Projekte zu fördern. »Paradoxerweise führt dieser Innovationsdruck dazu, dass neue Projekte konzipiert oder alte neu verpackt werden, obwohl es bereits eine Vielzahl laufender Projekte und Aktivitäten gibt« (Strotmann in diesem Band). Auch sei es einfacher, Förderungen für Kurzprojekte zu bekommen, die »schöne Bilder produzieren und

nicht so sehr in die Tiefe gehen«, so ein Gesprächspartner von Caroline Strotmann. Viel schwieriger dagegen gestalte es sich, Gelder für nachhaltige Projekte oder für den Aufbau einer Infrastruktur zu akquirieren. Die kurze Laufzeit der meisten Projekte bindet wiederum Arbeitskraft – einfach weil ständig neue Anträge geschrieben werden müssen. Die darauf verwandte Arbeitszeit verringert die zeitlichen Kapazitäten für die eigentliche Projektarbeit. Hinzu kommt, dass die Kunst, Projektanträge zu schreiben, erlernt sein will. Dies wird gerade bei Projekten, die sich der Selbstbestimmung und Egalität verschrieben haben, als sehr kontraproduktiv erlebt. Hier reproduzieren sich Ungleichheiten, die durch die relative Ausstattung mit kulturellem Kapital gegeben sind.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass nur zeitlich begrenzte Verträge ausgestellt werden können. Dadurch sehen sich die Mitarbeiter\_innen gezwungen, ständig nach Alternativen zur langfristigen Sicherung ihres Lebensunterhalts Ausschau zu halten. Der Autor hat selbst in einem anderen Projekt die Erfahrung machen müssen, dass eine tragende Mitarbeiterin in einer entscheidenden Projektphase kündigte, weil sie eine Dauerstelle angeboten bekam. Eilert spricht hier die Dringlichkeit an, mit der Lösungen gefunden werden müssen, um erfolgreiche Modellprojekte in nachhaltige Förderstrukturen einzubetten. An dieser Stelle kann nur das Problem aufgezeigt werden. Gerade wegen der Bedeutung von Projekten, die außerhalb staatlicher Strukturen angesiedelt sind, ist es hier notwendig, neue Wege der Förderung zu beschreiben.

### **Fazit: Die Notwendigkeit, zivilgesellschaftliche Errungenschaften zu verteidigen**

Die Zivilgesellschaft hat in den letzten zwei Jahren große Fortschritte gemacht. Wenn man so will, wurde etwas von der lebensweltlichen Qualität wiederhergestellt, die den Wert einer Zivilgesellschaft auszeichnet. Die *Lebenswelt*, so Habermas (1981/II: 211), zeichnet sich dadurch aus, dass sich ihre Teilnehmer\_innen – indem sie sich über Probleme verständigen – zugleich ihre »Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen sowie ihre eigene Identität ausbilden, bestätigen und erneuern«. In der sehr plastischen Wiedergabe dieses Gedankens durch Winfried Lintzen (2016: 4) heißt es:

»Indem eine Gruppe von Menschen gemeinsam Probleme bewältigt (Handlungsbedarf und -möglichkeiten erkundet, Pläne aufstellt, Lösungen entwickelt), werden die besonderen Fähigkeiten und Stärken eines jeden Teilnehmers offenbar und damit seine Bedeutung für die Gruppe. Daraus entwickelt sich gleichzeitig die soziale Integration und die Identität eines jeden einzelnen (als jemand, der etwas Bestimmtes für das Gruppenleben beiträgt und dessen Zugehörigkeit die Gruppe wichtig findet).«

Die Facetten dieses Prozesses werden in diesem Band herausgearbeitet.

Allerdings sind die Fortschritte wieder unter Druck geraten. Neuerdings wurde das Zurückdrängen der Logik der Staatsräson, das in den Jahren um 2015 stattfand, wieder infrage gestellt. Nehmen wir das Beispiel Arbeitsmarkt. Die Bewusstseinslage, die seinerzeit herrschte, lässt sich etwa folgendermaßen wiedergeben: Es gibt erstens einen gesellschaftlichen Bedarf an Arbeitskräften in bestimmten Bereichen (etwa Pflege) und man hat Geflüchtete, die sich gerne in diesem Bereich qualifizieren würden; man hat zweitens ein Wissen darüber, dass es für die Integrationspolitik zentral ist, die Geflüchteten in Arbeit zu bringen; man weiß drittens aus der Erfahrung der vergangenen Jahre, dass trotz der Ablehnung von Asylanträgen eine Abschiebung in zahlreichen Fällen nicht infrage kommt, weil die aktuelle Sicherheitslage es nicht zulässt (Afghanistan), weil die Herkunftsländer Geflüchtete nicht wieder aufnehmen (Marokko), weil aufgrund von früheren Fluchtbewegungen faktische Staatenlosigkeit existiert (Afghan\_innen, die im Iran aufgewachsen sind). Man weiß viertens, dass die mit dem Duldungsstatus verbundene Arbeitslosigkeit der Gesellschaft teuer zu stehen kommt, weil sie Persönlichkeitsdissoziation zur Folge hat und die Betroffenen in vielen Fällen auf Dauer nicht mehr für den Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.<sup>11</sup> Eine Konsequenz dieser Bewusstseinslage war z. B. der *Integrationspakt*, der am 13. Oktober 2015 zwischen der Bayerischen Staatsregierung und der Wirtschaft geschlossen wurde. Das Ziel war es, geduldeten Menschen eine Perspektive zu erschaffen, indem sie zunächst eine Ausbildung beginnen und dann anschließend in dem erlernten Beruf arbeiten. Anvisiert wurde eine Zahl von 60.000 Ausbildungs- und Arbeitsplätzen bis zum Jahr 2019. Damit wurde die 3+2 *Regelung* vorweggenommen, die mit dem *Integrationsgesetz* am 6. August 2016 auch bundesweit in Kraft trat. Seitens staatlicher Instanzen wurde somit ein Freiraum geschaffen, der es den zivilgesellschaftlichen Akteuren erlaubte, neue kreative Lösungen zu erproben und der gerade auch von der Industrie- und Handelskammer begrüßt wurde.

Inzwischen erlebten wir, wenn man so will, eine »Reconquista« der Staatsräson: Sie bindet die Aufrechterhaltung der staatlichen Souveränität an die Kontrolle der Grenze. Wenn man, so die Argumentation, überhaupt den Zugang in das Land regulieren will, dann muss man zwischen denjenigen, die legal einreisen, und anderen unterscheiden. Bei Letzteren muss man auf Grundlage der Gesetze entscheiden, ob sie den Schutz des Asylrechts oder den der Genfer Flüchtlingskonvention in Anspruch nehmen können. Ist dies nicht der Fall, müssen sie ausgewiesen werden. Wenn dies nicht sofort erfolgen kann, können die Betroffenen im Land geduldet werden, bis die Ausreise möglich ist. In diesem Fall hat alles zu unterbleiben, was nach Integration aussieht. Wenn man, so die Argumentation weiter, dies aufweicht, dann entsteht ein

---

**11** | Siehe etwa die klassische Beschreibung: »Die Arbeitslosen von Marienthal« von Jahoda et al. (1933/1977).

Migrationsanreiz und der Druck auf die Grenzen nimmt zu. Die Staatsräson verlangt also Härte – auch wenn dies der Gesellschaft letztlich mehr Schaden zufügt, denn Nutzen bringt. Dies schlug auf die Wirtschaftspolitik durch. In Bayern wurde der Integrationspakt im September 2016 mit den Vollzugshinweisen für das Bundesintegrationsgesetz seitens der Bayerischen Staatsregierung praktisch aufgekündigt (Bierl, Mittler, Mühlfnzl 2017). Damit hat sich der politische Wind gewendet – und die Logik der Zivilgesellschaft bleibt weitgehend auf der Strecke. Die ZEIT dokumentierte in einem Artikel zum Thema mehrere Fälle, bei denen zunächst erteilte Arbeitserlaubnisse wieder zurückgenommen wurden. Zum Teil waren die Ausbildungs- oder Arbeitsplätze, die an Geflüchtete vergeben worden waren, zum Zeitpunkt des Verfassens des Artikels noch vakant und die Geflüchteten, die Lehrgeld bekommen hätten, lebten von Hartz IV. »Bei der Münchner Handelskammer stapeln sich die Zuschriften von enttäuschten Unternehmern, die Flüchtlinge einstellen – und nun ohne Arbeitskräfte dastehen« (ebd., vgl. Lobenstein 2017).<sup>12</sup>

Die Folgen sind absehbar: Die Zahl der geduldeten Asylbewerber\_innen und derjenigen, die »abtauchen«, also in die Illegalität gehen, wird drastisch zunehmen. In Bezug auf die Geduldeten bedeutet dies, dass leistungsbereite und leistungsfähige Menschen zur Passivität gezwungen werden – mit all den desaströsen psychischen Konsequenzen, die dies hat. Was die zunehmende Zahl von Illegalen betrifft, so sind die Folgen für die Gesellschaft noch schwerwiegender. Dem informellen Sektor des Arbeitsmarktes werden neue Kräfte zugeführt und kriminelle Strukturen werden gestärkt. Auch fallen nicht registrierte Menschen gänzlich oder teilweise aus dem Gesundheitssystem heraus. Dies hat langfristige Konsequenzen nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für die Gesellschaft. Schließlich fallen die Kinder nicht registrierter El-

---

**12** | Die Kehrtwendung in Bayern ist diesbezüglich extrem. Dennoch ist das Muster auch in anderen Bundesländern nachzuweisen. Am 05.05.2017 beklagte das Projekt AsA (Ausbildung statt Abschiebung) bei einem Besuch von Katrin Göring-Eckardt unter anderem, dass die Ausbildungsdundung nicht erteilt wird, obwohl die Voraussetzungen dafür erfüllt sind, dass geflüchtete Jugendliche aus Afghanistan im Schnellverfahren abgelehnt werden, oder dass die Diskussion um sogenannte »hohe« oder »niedrige« Bleibeperspektive die Chancen von Jugendlichen aus bestimmten Ländern auf einen Schulbesuch oder eine Ausbildung in Deutschland vermindere (AsA e. V. 2017). In Baden-Württemberg endet ein Orientierungsschreiben der Handwerkskammer nach einer Darstellung der Komplexität mit dem Hinweis: »Handwerksbetrieben sollte daher empfohlen werden, vorrangig Geflüchtete mit positivem Asylbescheid oder hoher Bleibeperspektive in Ausbildung zu nehmen« (Baden-Württembergischer Handwerkstag 2017) – womit die ursprüngliche Intention außer Kraft gesetzt ist. Deutlich liberaler ist nach wie vor Hamburg. Die Dynamik des Prozesses spiegelt sich in der Uneinheitlichkeit der Umsetzung der Gesetze.

tern leicht aus dem Bildungssystem heraus. Die einseitige Durchsetzung der Logik der Staatsräson kommt also nicht nur die Gesellschaft teuer zu stehen, sie führt auch zu einem Paradox: Der Versuch, staatlich geordnete Verhältnisse durchzusetzen, führt letzten Endes nur zu größerer Unordnung.<sup>13</sup> Es ist für die Gesellschaft insgesamt notwendig, zu der Suche nach einem kreativen Austarieren von Zivilgesellschaft und Staatlichkeit zurückzukehren, die sich im Sommer 2015 abzeichnete.

Eine entscheidende Strategie, um wieder zu einer angemessenen Balance zwischen den Rationalitäten zu gelangen, ist die *kreative* Rechtsauslegung (im Gegensatz zu einer *restriktiven* Gesetzesauslegung). Diese besteht darin, rechtlich einwandfreie Wege zu suchen, um das Wünschenswerte zu ermöglichen. Der Umgang mit dem Recht besteht dann nicht primär darin, rechtliche Grenzen auszuloten (also zu fragen: »Ist dies oder jenes rechtlich statthaft?«), sondern rechtliche Freiräume zu erkunden (also die Jurist\_innen aufzufordern: »Zeigen Sie uns Wege, wie wir es hinkriegen können, dieses oder jenes Wünschenswerte zu realisieren, ohne dass wir uns außerhalb des Rechts stellen«). Unter dieser Perspektive wird das Recht nicht einfach als gegeben betrachtet, sondern es werden die Uneindeutigkeiten und Ambivalenzen der Rechtsprechung ausgenutzt. Mit anderen Worten: Es gehört zur Kunst der Zivilgesellschaft, eine Kultur des Rechts zu übernehmen, wie sie bei Wirtschaftsunternehmen gang und gäbe ist – nämlich eine kreative und ermöglichende Rechtsauslegung anstelle einer restriktiven und einengenden Rechtsauslegung. Dazu gehört auch ein extensives Ausnützen von *Kann-Vorschriften*. Es gilt auszuloten, was rechtlich gerade noch möglich ist, und den Spielraum, der sich dadurch ergibt, voll auszunützen.

Ein gutes Beispiel für eine derartige Politik ist die *Sanctuary City*-Bewegung.<sup>14</sup> Hier wird der Spielraum genutzt, der sich für die Kommunen aus dem

---

**13** | Auf supranationaler Ebene ist Analoges zu beobachten. Der Versuch, die Grenzen durchzusetzen, hat eine Reihe von problematischen Folgen, u. a. die Etablierung mafioser Strukturen bei der Schleuserkriminalität oder die Kooperation mit politisch problematischen Regimen.

**14** | Der Begriff der »Sanctuary Cities« (Zufluchtsstädte) geht auf die City of Sanctuary-Bewegung in Kanada zurück (vgl. Nyers 2008 und 2011) und bezieht sich auf Städte und Gemeinden im nordamerikanischen und zunehmend auch im europäischen Kontext, die sich als Städte der Solidarität und Zuflucht begreifen und sich insbesondere im Hinblick auf »illegale« Einwanderung und Asyl im Rahmen ihrer Möglichkeiten den nationalen Abschottungspolitiken der jeweiligen Staatsregierungen entziehen. Dazu gehört es z. B., den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen unabhängig vom Aufenthalts- beziehungsweise staatsrechtlichen Status zu gewährleisten, oder auch die Weigerung, an Abschiebungen mitzuwirken. In den vergangenen Jahren ist eine deutliche Vernetzung der Zufluchtsstädte zu beobachten (vgl. Heuser 2017).

Recht zur kommunalen Selbstbestimmung (Art. 28 Abs. 2 GG) und aus der Ausführung des Aufenthaltsgesetzes durch die Länder (Art. 84 GG) ergibt, welche diese ihrerseits den kommunalen Ausländerbehörden (§ 71 AufenthG) übertragen haben, soweit dies nicht mit anderen Prinzipien (z. B. dem Prinzip der Bundestreue (Art. 20 Abs. 1 GG) oder der Bindung der vollziehenden Gewalt an Gesetz und Recht (Art. 20 Abs. 3 GG) konfiguriert (Heuser 2017). Es ist unbestreitbar, dass sich eine derartige lokale Bewegung nur realisieren lässt, wenn der politische Wille vor Ort existiert und die maßgeblichen Akteure aufseiten der Zivilgesellschaft, der kommunalen Verwaltungen, Gesundheitsbehörden und der Polizei zusammenwirken.

Die Kunst der kreativen Rechtsauslegung bedeutet, gerade der lebensweltlichen Vernunft das Gewicht einzuräumen, das sie hat. Kreative Rechtsauslegung bedeutet in lebensweltlichen Aushandlungsprozessen das Wünschenswerte herauszuarbeiten und dann nach rechtlich gangbaren Wegen zu suchen, es umzusetzen. Damit wird die Balance verschoben. Eine restriktive Rechtsauslegung bedeutet dagegen, vor den Systemzwängen zu kapitulieren.

Die Bürgerbewegung, die 2015 in Antwort auf die Herausforderungen durch die Ankunft Geflüchteter entstanden ist, war eine Sternstunde für die Zivilgesellschaft der Bundesrepublik. Sie hat sich in einer unerwarteten Weise als umgreifendes Projekt neu verstanden. In diesem Rahmen wurden wichtige Künste und Techniken entwickelt und damit auch Kompetenzen aufgebaut, die wesentlich sind für einen fortwährenden *gegenseitigen* und gesamtgesellschaftlichen Integrations- und Inklusionsprozess. Sie sind weiter zu verfeinern und auszubauen, um damit die Gesellschaft in die Lage zu versetzen, auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts produktiv zu antworten. Heute gilt es, diese Errungenschaften zu verteidigen.

## QUELLENVERZEICHNIS

- Alice Salomon Hochschule Berlin (2016): *Positionspapier: Soziale Arbeit mit Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften – Professionelle Standards und sozialpolitische Basis*. Berlin 2016.
- AG Rück Trier (2011): Vollzugsdefizite. Ein Bericht über die Probleme bei der praktischen Umsetzung von ausländerbehördlichen Ausreiseaufforderungen. URL: [www.einwanderer.net/fileadmin/downloads/Berichte/2011-04\\_Bericht\\_AG\\_Rueck-1.pdf](http://www.einwanderer.net/fileadmin/downloads/Berichte/2011-04_Bericht_AG_Rueck-1.pdf)
- AsA e. V. (2017): Ausbildung statt Abschiebung. URL: <http://asa-bonn.org/category/aktuellesjobs/>
- Baden-Württembergischer Handwerkstag (2017): Umsetzung der 3+2-Regelung. Merkblatt. URL: [www.handwerk-bw.de/fileadmin/media/bwht-merkblaetter/bwht-merkblatt-3plus2-regelung.pdf](http://www.handwerk-bw.de/fileadmin/media/bwht-merkblaetter/bwht-merkblatt-3plus2-regelung.pdf)

- Bierl, M./Mittler, D./Mühlfenzl, M. (2017): Jobs für Flüchtlinge – Reine Glückssache in Bayern. URL: [www.sueddeutsche.de/bayern/arbeitsurlaubnis-jobs-fuer-fluechtlinge-reine-gluecksache-in-bayern-1.3369080](http://www.sueddeutsche.de/bayern/arbeitsurlaubnis-jobs-fuer-fluechtlinge-reine-gluecksache-in-bayern-1.3369080)
- Braun, S., et al. (2017): Strukturwandel des Ehrenamts in der Geflüchtetenarbeit von Sportvereinen. *Forschungsbericht*. Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM). Berlin, Humboldt Universität zu Berlin: S. 144–164.
- Buber, M. (1979): *Das dialogische Prinzip*. Heidelberg, Lambert Schneider.
- Eckert, J. (2017): The Politics of Help. Vortrag im Rahmen der Tagung: »The impossible Order; Europe, Power, and the Search for a New Migration Regime« Zentrum für Zeitgeschichte, Potsdam am 12.5.2017.
- Elias, N./Scotson, J. L. (1990): *Etablierte und Außenseiter*. Frankfurt a. M., Suhrkamp.
- Fassin, D. (2012): Ambivalent Hospitality. Governing the Unwanted. *Humanitarian Reason. A moral history of the Present*. D. Fassin. Berkeley, Los Angeles, London, University of California Press: S. 133–160.
- Geßner, R. (2018): Bedingungen erfolgreicher psychosozialer Beratung für Geflüchtete in Deutschland und Schweden: ein Vergleich. In diesem Band.
- Graf, L. (2016): »Freiwillig im Ausnahmezustand.« *Linksnet. Für Linke Politik und Wissenschaft* URL: [www.linksnet.de/de/artikel/41730](http://www.linksnet.de/de/artikel/41730).
- Habermas, J. (1981): *Theorie des kommunikativen Handelns. II Bände*. Frankfurt a. M., Suhrkamp.
- Heuser, H. (2017): Sanctuary Cities in Deutschland: Widerstand gegen die Abschiebepolitik der Bundesregierung. URL: <http://verfassungsblog.de/sanctuary-cities-in-deutschland-widerstand-gegen-die-abschiebepolitik-der-bundesregierung/>
- Hokema, V. (2018): Ankommen statt Durchreise: Geflüchtete im ländlichen Raum. In diesem Band.
- Jahoda, M., et al. (1933/1975): Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch. Frankfurt a. M., Suhrkamp.
- Juckel, A. (2018): Wohnerfahrungen von Geflüchteten in Berliner Notunterkünften im Vergleich. In diesem Band.
- Lidzba, S. (2017): Bündnis für Menschlichkeit. In: Schiffauer, W./Eilert, A./Rudloff, M. (Hg.) (2017): So schaffen wir das – eine Zivilgesellschaft im Aufbruch. 90 wegweisende Projekte mit Geflüchteten. Bielefeld, transcript: 298–300.
- Lidzba, S. (2018): Freiwilligenkoordination in der Geflüchtetenhilfe – Kommunale Kooperationsmodelle. In diesem Band.
- Lintzen, W. (2016): Habermas' Theorie von der Kolonialisierung der Lebenswelt. Berliner Praxis für philosophische Beratung. URL: <http://philosophischeberatung.berlin/die-verwaltung-des-wohls-ein-widerspruch-in-sich/>

- Lobenstein, C. (2017): Hätte, hätte, hätte. ZEIT Online. URL: [www.zeit.de/2017/23/asylbewerber-fluechtling-arbeitsmarkt-schwarzarbeit](http://www.zeit.de/2017/23/asylbewerber-fluechtling-arbeitsmarkt-schwarzarbeit)
- Nyers, P. (2008): No one is illegal. Between city and nation. In: Engin, I./Nielsen, G. (Hg.): *Acts of Citizenship*. London, Palgrave Macmillan: 160–181.
- Nyers, P. (2011): Irregular forms of citizenship. In: Squire, V. (Hg.): *The Contested Politics of Mobility. Borderzones and Irregularity*. London, Routledge: 184–198
- Reimers, S. (2018): Vernetzung und Solidarität gegen die Ohnmacht. Krisenmomente in der haupt- und ehrenamtlichen Arbeit mit Geflüchteten und deren Ursachen. In diesem Band.
- Rudloff, Marlene (2014): ›We don't need a new Lager‹. Lokale Migrationspolitik im Gespräch: Eine ethnographische Untersuchung der Verhandlung um die Zukunft der besetzten Gerhart-Hauptmann-Schule in Berlin-Kreuzberg. Masterarbeit an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Fakultät für Kulturwissenschaften.
- Scherr, A. (2017): Die Abschwächung moralischer Empörung. Eine Analyse politischer Reaktionen auf zivilgesellschaftliche Proteste gegen Gesetzesverschärfungen und Abschiebungen. *Z'Flucht. Zeitschrift für Flüchtlingsforschung* 1(1): 88–105.
- Schiffauer, W. (2008): Parallelgesellschaften. Wie viel Wertekonsens braucht unsere Gesellschaft? Für eine kluge Politik der Differenz. Bielefeld, transcript.
- Schiffauer, W./Eilert, A./Rudloff, M. (Hg.) (2017): So schaffen wir das – eine Zivilgesellschaft im Aufbruch. 90 wegweisende Projekte mit Geflüchteten. Bielefeld, transcript.
- Schiffauer, W./Eilert, A./Rudloff, M. (Hg.) (2018): So schaffen wir das – eine Zivilgesellschaft im Aufbruch. Bedingungen für die nachhaltige Projektarbeit mit Geflüchteten. Eine Bilanz. Bielefeld, transcript.
- Strotmann, C. (2018): Selbstorganisation und Partizipation in Wohn- und Kulturprojekten mit Geflüchteten am Beispiel des Grandhotel Cosmopolis. In diesem Band.
- Swidler, A. (1986): Culture in Action: Symbols and Strategies. *American Sociological Review* 51(2): 273–286.
- Walzer, M. (1992): The civil society argument. Dimensions of radical democracy. In: Mouffe, C./Laclau, E. London, Polity Press: 89–107